



Marktgemeindeamt St. Paul im Lav.

9470 St. Paul im Lav., Platz St. Blasien 1

URL: <http://www.st-paul.at> e-mail: st-paul-lavanttal@ktn.gde.at

Zahl: 131-9/34/2020

St. Paul, am 23.09.2020

Auskünfte: Fr. Puggl

e-mail: daniela.puggl@ktn.gde.at

Tel.: 04357/2017-26

Fax: 04357/2017-30

KUNDMACHUNG

Mit Eingabe vom 13.08.2020 hat die Firma **AFT GmbH**, Industriestraße 1, 9470 St. Paul, um die Erteilung der Baubewilligung für das auf dem Grundstück in der **Industriestraße 1, 9470 St. Paul**, Parz. Nr.: **13/75 und 13/89**, KG **St. Paul**, zu errichtende Bauvorhaben,

Abänderung zum Baubescheid vom 03.07.2018, Zahl: 131-9/30/2017, Abbruch einer Bestandshalle sowie Errichtung einer neuen Lagerhalle zur Lagerung von Ersatzteilen und Anlagenbauteilen

angesucht.

Der Bürgermeister der Marktgemeinde St. Paul i. Lav. ordnet hierüber gemäß der Bestimmung des § 16 der Kärntner Bauordnung 1996, LGBl.Nr. 62/1996, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 29/2020 eine mit einem Ortsaugenschein verbundene mündliche Verhandlung für

Mittwoch, dem 07.10.2020 um 10.00 Uhr

an. Die Kommission tritt an Ort und Stelle zusammen.

Sie werden als Beteiligte eingeladen, unter Mitnahme dieser Ladung zur Verhandlung persönlich zu erscheinen oder bevollmächtigte Vertreter zu entsenden, die zur Abgabe endgültiger Erklärungen ermächtigt sind. Die Vertreter haben sich mit ordnungsgemäßer auf Namen oder Firma lautender schriftlicher Vollmacht auszuweisen.

Von den Teilnehmern an der mündlichen Verhandlung vorbereitete schriftliche Erklärungen müssen nach § 44 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2018 bei der Verhandlung verlesen werden, um als wirksame Erklärungen in die Verhandlungsschrift aufgenommen zu werden.

Die dem Bauansuchen zugrunde liegenden Pläne, Berechnungen und Beschreibungen liegen beim Marktgemeindeamt St. Paul, Rathaus - Eingang 2, Abt. Bauamt, während der Amtsstunden zur Einsicht durch die Beteiligten auf. **Aufgrund der aktuellen Covid-19-Situation ist eine Voranmeldung per Telefon oder E-Mail erforderlich (Kontakt siehe oben).**

Wurde eine mündliche Verhandlung gemäß § 41 Abs. 1 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2018, zweiter Satz und in einer in den Verwaltungsvorschriften vorgesehenen besonderen Form

kundgemacht, so hat dies zur Folge, dass eine Person ihre Stellung als Partei verliert, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Arbeitsstunden bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen erhebt. Wenn die Verwaltungsvorschriften über die Form der Kundmachung nichts bestimmen, so tritt die im ersten Satz bezeichnete Rechtsfolge ein, wenn die mündliche Verhandlung gemäß § 41 Abs. 1 zweiter Satz und in geeigneter Form kundgemacht wurde. Eine Kundmachungsform ist geeignet, wenn sie sicherstellt, dass ein Beteiligter von der Anberaumung der Verhandlung voraussichtlich Kenntnis erlangt.

Gemäß § 42 Abs. 3 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl. Nr. 51/1991, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 58/2018, kann eine Person, die glaubhaft macht, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben, und die kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, binnen zwei Wochen nach dem Wegfall des Hindernisses, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache bei der Behörde Einwendungen erheben. Solche Einwendungen gelten als rechtzeitig erhoben und sind von jener Behörde zu berücksichtigen, bei der das Verfahren anhängig ist.

Wichtige Information zu Covid-19:

Sämtliche geltenden Schutzmaßnahmen müssen eingehalten werden (Abstand halten, Tragen von Schutzmasken usw.) Zum Unterschreiben der Verhandlungsschrift ist bitte ein eigener Kugelschreiber mitzubringen. Ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass auf Grundlage des § 3 Verwaltungsrechtliches COVID-19-Begleitgesetz -COVID-19-VwBG die Augenscheinverhandlung im Sinne der geordneten Verwaltungsrechtspflege unbedingt erforderlich ist und daher keine Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch COVID-19 Maßnahmen zur Teilnahme an der Verhandlung vorliegen.

Versäumt derjenige, über dessen Antrag das Verfahren eingeleitet wurde, die Verhandlung, so kann sie entweder in seiner Abwesenheit durchgeführt oder auf seine Kosten auf einen anderen Termin verlegt werden. Im Falle der Verhinderung des Antragstellers aus wichtigen Gründen wird daher um sofortige Mitteilung an die Baubehörde ersucht, um allenfalls den Termin verschieben zu können.

Der Bauwerber wird beauftragt, den Standort des Bauvorhabens an Ort und Stelle auszuflocken.

Der Bürgermeister

Sefan Salzmann eh.

F.d.R.d.A.:




Diese Verständigung ergeht an

I. Öffentliche Bekanntmachung durch Anschlag an der Amtstafel.

II. Name und Adresse der Parteien und Beteiligten:

1. Firma AFT GmbH, Industriestraße 1, 9470 St. Paul
2. Herrn Alfred Kunauer, Hauptstraße 12, 9470 St. Paul
3. Firma ALPEN-MAYKESTAG GmbH, Urstein Nord 67, 5412 Puch bei Hallein
4. ÖBB Infrastruktur AG, Integriertes Streckenmanagement, zHd.Hr. Ing. Ralph Ebner, Region Süd 2, Bahnhofplatz 1/1, 9500 Villach
5. Firma Steiner Bau GesmbH, Industriestraße 2, 9470 St. Paul
6. Kärntner Landesfeuerwehrverband, Brandverhütung-Feuerpolizei, Rosenegger Straße 20, 9020 Klagenfurt am Wörthersee; *mit dem Ersuchen um Entsendung eines Amtssachverständigen*

7. Amt der Kärntner Landesregierung, Abt. 12 - Kompetenzzentrum Wasserwirtschaft, Uabt. Wasserwirtschaft Klagenfurt, Flatschacher Straße 70, 9020 Klagenfurt am Wörthersee; *mit dem Ersuchen um Entsendung eines Amtssachverständigen*
8. Feimuth Projekt GmbH, Bmst. DI Marko Feimuth, Drosselweg 7, 9400 Wolfsberg
9. KNG-Kärnten Netz GmbH., Netzkundenservice Wolfsberg, Auenstraße 19, 9400 Wolfsberg
10. Telekom Austria, Auftragsmanagement Süd, Exerzierplatzstraße 34, 8051 Graz
11. Marktgemeindeamt – Baudienst im Hause
12. zum Akt

Angeschlagen am: 23.09.2020 

Abgenommen am: